

GLATTWEGS

Von Thomas Bacher

Das Passwort-Puff

Ich habe wohl mein halbes Leben mit der Suche nach einem passenden Passwort vergeudet. Denn während in den Teenagerjahren des Internets noch ein simples «123456» reichte, wurden die Ansprüche der Anbieter mit jedem Jahr grösser. Erst forderten sie eine Mindestanzahl Zeichen, dann wenigstens einen Grossbuchstaben, dann eine Ziffer, dann ein Sonderzeichen.

Es vergingen kostbare Jahre mit aufwendiger Recherche und intensivem Aktenstudium, bis ich es schliesslich gefunden hatte – das perfekte Passwort: raffiniert und trotzdem leicht zu merken, ausbaufähig und irgendwie auch ziemlich cool. Ich war mir sicher, dass ich damit die aktuellen wie auch künftigen Anforderungen an einen unknackbaren Code erfüllen würde, inklusive der Möglichkeit, dass dereinst Aliens die Weltherrschaft übernehmen und ebenfalls für jeden Seich ein Passwort einfordern sollten.

Doch als ich mich kürzlich auf einer, äh, Forumsseite für, äh, Philosophie anmelden wollte, wurde mein Passwort nicht akzeptiert. Dies, weil es gemäss einem speziellen Verzeichnis nicht sicher war. Seither plagen mich starke Selbstzweifel. So gewöhnlich bin ich also, dass mein ausgeklügeltes Superduper-Passwort laut dieser Liste nicht nur bereits von anderen Menschen genutzt wird, sondern sogar schon mehrfach gehackt wurde. Das war ich also: ein Sandkorn am Strand, ein Staubpartikel im Universum.

Immerhin hat die Erkenntnis der eigenen Mittelmässigkeit auch etwas Tröstendes. Wenn ich schon so durchschnittlich und absolut unspeziell und austauschbar bin, dann sitzt sicher jetzt gerade in diesem Moment irgendwo auf der Welt ebenfalls ein Typ vor seinem Computer, schreibt eine Kolumne für eine Lokalzeitung und versucht verzweifelt, eine tiefgründige Schlusspointe hinzubekommen.

Stadtrat oder Gemeinderat – wer ist der bessere Schweizermacher?

DÜBENDORF: Die Frage, wer künftig in der Stadt einbürgern soll, sorgt vor der Abstimmung über die neue Gemeindeordnung für Emotionen. Die Gemeinderäte Burkhard Huber (GLP/GEU) und Patrick Walder (SVP) vertreten zwei Lager, die sich seit Jahren gegenüberstehen.

Herr Walder, es ist unbestritten, dass bei Einbürgerungen auf Gemeindeebene wenig Spielraum besteht. Spielt es da überhaupt eine Rolle, wer einbürgert?

Patrick Walder (SVP): Es gibt einen gewissen Spielraum bei der Integration und den Sprachkenntnissen, aber es stimmt, gross ist der nicht. Doch darum geht es hier gar nicht, sondern um die Frage, wer in unserem Land das Bürgerrecht bekommt, wer mitbestimmen darf, selber wählbar ist und auch seine Pflichten wahrnehmen muss. Das ist ein wichtiger Entscheid, der von einem möglichst breit abgestützten Gremium, dem Gemeinderat, gefällt werden soll.

Burkhard Huber (GLP/GEU): Der Stadtrat ist auch vom Volk gewählt und bekommt aufgrund seiner Exekutivfunktion vollen Einblick in die Dossiers. Er prüft, ob die Voraussetzungen erfüllt sind und führt dazu ein rund einstündiges Gespräch mit den Gesuchstellern. Die Bürgerrechtskommission prüft die Gesuche nochmals, führt ebenfalls ein kürzeres Gespräch und stellt zusätzliche Fragen. Sie macht also das Gleiche wie der Stadtrat, hat dafür aber weniger Zeit. Das ist unnötig und verzögert das Verfahren.

Herr Huber, Sie waren selber mehrere Jahre in der Bürgerrechtskommission (BRK). Haben Sie demnach Ihre Arbeit als unnötig empfunden?

Huber: Früher waren die Voraussetzungen für eine Einbürgerung relativ allgemein beschrieben, doch mittlerweile haben Bund und Kanton die Kriterien geschärft, präzisiert und auch harmonisiert. Der politische Wille zeigt sich bei der Schaffung dieser Rahmenbe-

dingungen, die Anwendung im Einzelfall ist dann einfach noch ein Rechtsanwendungsakt, was das Bundesgericht übrigens in zwei Leitentscheiden bestätigt hat. Die Überschneidungen zeigen sich auch darin, dass sich die Einschätzungen von Stadtrat und BRK seit vielen Jahren stets deckten. Ausserdem haben beide Gremien nur ganz wenige Gesuche abschlägig beurteilt.

Walder: Gerade das belegt doch, dass das aktuelle System funktioniert, und trotzdem will man etwas Bewährtes ändern. Ich bin seit 2006 im Gemeinderat, in dieser Zeit wurde die Jahresrechnung ebenfalls nie vom Parlament abgelehnt. Auch bei den Finanzen gibt es nur einen kleinen Teil, den Dübendorf als Kommune steuern kann. Trotzdem ist es die Pflicht der zuständigen Kommission, das Dossier gesamthaft anzuschauen und zu prüfen, auch damit die einzelnen Kommissionsmitglieder ihre Erkenntnisse in die Fraktionen tragen können. Letztlich käme ja auch niemand auf die Idee, die Beschlussfassung über die Jahresrechnung oder das Budget dem Stadtrat zu überlassen.

Die Gegner des aktuellen Systems verweisen auf das neue kantonale Bürgerrechtsgesetz, das in Dübendorf bei Einbürgerungen durch den Gemeinderat noch mehr Leerlauf mit sich bringen werde.

Huber: Das neue Gesetz sieht vor, dass künftig auf Gemeindeebene nur noch ein politisches Organ über Einbürgerungen entscheidet. Sollte das der Gemeinderat sein, dann müsste dieser zusätzlich zu den heutigen Gesuchen noch diejenigen mit Rechtsanspruch prüfen, die bis jetzt der Stadtrat be-

handelt hat. Das wäre sehr viel zusätzlicher Aufwand für Gesuche, die sowieso bewilligt werden.

Walder: Das ist tatsächlich ein Schwachpunkt des neuen kantonalen Bürgerrechtsgesetzes und mit ein Grund, wieso die SVP das Referendum ergreifen wird. Die Anzahl Gesuche ist aber nicht zuletzt deswegen so hoch, weil das kantonale Gesetz bei Sprache und Integration viel zu niedrige Hürden vorgibt. Und: Auch dem Stadtrat wird immer mehr Arbeit aufgebürdet, eine Einbürgerung durch den Gemeinderat würde da eine Entlastung bringen.

Huber: Allerdings gibt es auch für den Gemeinderat immer mehr Aufgaben und die Mitglieder müssen schauen, wie sie sich organisieren. Kommt nun noch mehr Aufwand dazu, müssen entweder die Ressourcen vergrössert werden oder es braucht mehr Sitzungen.

Der Gemeinderat hat sich auf Antrag der SVP/EDU dafür ausgesprochen, beide Varianten an die Urne zu bringen. Wieso ist Ihrer Fraktion das so wichtig, Herr Walder?

Walder: Über das Thema wird in der Dübendorfer Politik schon so lange diskutiert, wobei das Kräfteverhältnis der unterschiedlichen Lager immer etwa gleich blieb. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, dass die Bevölkerung Stellung nehmen kann.

Huber: Wir können mit dieser Vorgehensweise leben, auch wenn von Anfang an eine gewisse Sorge da war, dass die Auseinandersetzung mit diesem doch komplexen Thema im Abstimmungskampf unsachlich verlaufen könnte. Wenn ich jetzt auf den Flyer der SVP schaue, dann ist das zum Teil



Nur in einem einzigen Punkt einig – oder zumindest fast: Burkhard Huber (links) und Patrick Walder. Foto: Christian Merz

schon grenzwertig. Da ist die Rede von Intransparenz und verscherbelten Volksrechten. Das heisst doch letztlich, man traut dem Stadtrat nicht zu, dass er eine seriöse Arbeit macht.

Misstrauen Sie dem Stadtrat, Herr Walder?

Walder: Wir sagen nicht, dass der Stadtrat bei den Einbürgerungen eine schlechte Bütz macht. Aber es gab in der Vergangenheit auch immer wieder Geschäfte, bei denen die Stadtregierung entgegen dem Willen der Bevölkerung entschieden hat. Deshalb ist eine weitere, demokratisch gewählte Instanz in einer Kontrollfunktion ja so wichtig. Auch wenn eine Geschäftsleitung gut arbeitet, ist es dennoch die Pflicht des Verwaltungsrats, das zu überprüfen.

Und die Intransparenz?

Walder: Heute sind Einbürgerungsgesuche öffentlich, sobald die Traktanden der Sitzung des Gemeinderats publiziert sind. Wenn die Bevölkerung erst nach dem Vollzug von einer Einbürgerung erfahren würde, dann verschwände auch die Möglichkeit, allfällige Hinweise zu den Einbür-

gerungswilligen, die für eine Beurteilung der Gesuche wichtig sein könnten, an die Gemeinderäte oder die BRK weiterzuleiten. Fehlt dies, kann automatisch der Verdacht aufkommen, dass da nicht seriös abgeklärt wird.

Huber: Schön, ich kann mich allerdings nicht erinnern, dass wir jemals solche Informationen aus der Bevölkerung bekommen hätten.

Herr Huber, ein Befürworter der Variante Stadtrat hat in der Debatte im Gemeinderat kritisiert, das jetzige Verfahren berge ein Risiko für Schikane und Willkür. Besteht diese Gefahr wirklich?

Huber: Wir müssen aufpassen, dass die Einbürgerungsfrage namentlich bei der Integration im Sinne der Gleichbehandlung nach einheitlichen und konstanten Massstäben und Ansätzen beurteilt wird und nicht individuell nach politischer Ansicht. Da kann man dann sehr unterschiedlicher Meinung sein, wie sich am Abstimmungsverhalten im Parlament jeweils zeigt. Die Frage ist daher, woran macht man den Entscheid fest?

Walder: Selbstverständlich sind die Entscheide des Parlaments nicht willkürlich, wir entscheiden bei jedem Geschäft, auch bei Einbürgerungen, nach Studium der Akten nach besten Wissen und Gewissen. Ich will dem Stadtrat nichts unterstellen, aber umgekehrt steigt doch die Gefahr für Willkür, je kleiner das Gremium ist.

In Sachen Einbürgerungen bezeichnen Sie, Herr Huber, die Stadt Dübendorf als «gallisches Dorf». Wieso das?

Huber: Das heutige System in Dübendorf ist umständlich und nicht mehr zeitgemäss. Sämtliche grossen Städte im Kanton und insgesamt drei Viertel der Parlamentsgemeinden lassen mittlerweile die Exekutive einbürgern, und da hört man nichts Negatives, etwa dass die demokratischen Rechte geschmälert worden seien.

Walder: Dass Schöne an Dübendorf ist eben gerade, dass es eine Ausnahme ist, das macht die Stadt auch aus. Wir müssen darauf achten, nicht wie Zürich oder Winterthur abzudriften. Und wenn sich etwas bewährt hat, dann soll man es auch so belassen.

Interview: Thomas Bacher

Nur in einem Punkt umstritten: Die totalrevidierte Gemeindeordnung

Am Sonntag, 26. September, entscheiden die Dübendorfer Stimmberechtigten an der Urne über die totalrevidierte Gemeindeordnung, quasi die Verfassung der Stadt. Umstritten ist dabei die Frage, wer künftig abschliessend für die Einbürgerungen zuständig sein soll.

Aktuell prüft der Stadtrat die Gesuche von Einbürgerungswilligen und gibt die Dossiers dann weiter an die Bürgerrechtskommission (BRK), die zuhänden des Gemeinderats eine Empfehlung

abgibt. Das letzte Wort hat dann das Parlament.

Kommt das neue kantonale Bürgerrechtsgesetz in seiner angedachten Form zustande, soll künftig nur noch ein politisches Organ einbürgern dürfen. In einer Parlamentsgemeinde wäre das der Stadtrat oder der Gemeinderat. Denkbar wäre auch eine eigenständige Bürgerrechtskommission, deren Mitglieder an der Urne gewählt würden. Diese Möglichkeit wurde in Dübendorf bei der Ausarbeitung der neuen Ge-

meindeordnung aber schon früh verworfen.

In seiner Mai-Sitzung sprach sich der Gemeinderat denkbar knapp mit Stichentscheid für die Variante Stadtrat aus. Im Anschluss beschloss das Parlament jedoch auf Antrag der SVP/EDU, das Geschäft mit zwei Varianten an die Urne zu bringen. Und so werden die Stimmberechtigten darüber entscheiden, ob künftig die Exekutive oder die Legislative bei Einbürgerungen das letzte Wort haben wird. *tba*

ANZEIGE

GNADENLOS TRANSPARENT

Unsere Preise versteht jeder.



Programm für Kinder während den Herbstferien

DÜBENDORF: Vom 11. bis 14. Oktober gibt es in der Pfarrei Maria Frieden ein Herbstferienprogramm für Kinder. Sie können sich laut einer Mitteilung ihr ganz persönliches Programm zusammenstellen. Angeboten werden ein Ausflug in den Zoo Zürich und in die «Adventure Arena» sowie zwei kreative Workshops – ein Tanz-Workshop für Mädchen und Jungs sowie ein Spielnachmittag. Mitmachen können Kinder aller Konfessionen ab sieben Jahren. Das detaillierte Programm mit Anmeldetalon liegt in der Kirche Maria Frieden auf und ist auf der Homepage der Pfarrei abrufbar unter www.kath-dfs.ch.

Die Plätze sind beschränkt und können erst nach Bezahlung der gewählten Aktivität zugesichert werden (keine provisorischen Anmeldungen möglich). Anmeldeabschluss ist am 27. September. *red*

ANZEIGE

Bon ausschneiden ✂ und mitbringen!

BON 10%

für eine perfekte
**Duvet- und Kissen-
Reinigung**

gültig bis 30. September 2021

Strahm 35 Jahre
wir jubilieren – Sie profitieren!

Betten Supermarkt Strahm AG
Neugutstrasse 83/Micasa Haus
8600 Dübendorf • Tel. 044 821 08 00
www.betten-strahm.ch